



Wer regiert die Welt?

Weltmächte und internationale Ordnung

Schlussfolgerungen aus einer weltweiten Repräsentativbefragung
„Weltmächte im 21. Jahrhundert“

Berlin, 2. Juni 2006

Verantwortlich: Stefani Weiss
Projektmanagerin, Europas weltpolitische Mitverantwortung
Themenfeld Internationale Verständigung
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
stefani.weiss@bertelsmann.de

INHALTSVERZEICHNIS

Neue Konstellationen in der Weltpolitik	5
Pluriverse Welt	6
Multiple Bedrohungen.....	7
Abnehmende Bedeutung militärischer Macht	8
Soft Power im Aufwind	9
Hypermacht USA.....	10
Champions der Zukunft: China und Indien	12
Asiatisch-pazifisches Jahrhundert	13
Keine Rolle für die EU?	13
UNO zwischen Wunsch und Wirklichkeit.....	15
Konsequenzen für die europäische Politik.....	16

Neue Konstellationen in der Weltpolitik

Das Staatensystem der Weltpolitik befindet sich vor einem erneuten Umbruch. Nach dem Zerfall der bipolaren Ordnung geht in den kommenden Jahren auch der unipolare Moment vorüber, in dem die Vereinigten Staaten das alleinige Zentrum der Weltpolitik ausmachten.

Die internationale Politik von morgen wird durch zwei große Muster bestimmt. Einerseits vertieft die Globalisierung der Wirtschaft die weltweite Interdependenz in Politik und Gesellschaft. Das Management dieser wechselseitigen Abhängigkeit wird zu einer Gestaltungsaufgabe der Politik, in der neue Formen des Interessenausgleichs, neue transnationale Akteure und gesellschaftliche bzw. kulturelle Konfliktregelungen relevant werden. Andererseits strukturieren die Interessen, Ambitionen und Konflikte großer Mächte die internationale Politik – eine Konstellation, die an das Ringen der großen europäischen Mächte im 19. Jahrhundert erinnert. Zum Kreis dieser Akteure gehören neben den USA wohl China und Indien, potentiell Russland und Brasilien sowie möglicherweise die Europäische Union und Japan.

In Think Tanks und Regierungsstäben nimmt diese Perspektive bereits Gestalt an, in einzelnen Strängen heutiger Großmachtpolitik scheint sie bereits handlungsleitend zu werden. Zugleich hat die öffentliche Debatte über den Aufstieg Asiens dem Thema breite Resonanz gegeben.

Vor diesem Hintergrund haben Bertelsmann Stiftung und Emnid die Frage nach der Wahrnehmung von Macht, Weltmachtpolitik, ihren Ressourcen und Zielen gestellt. Wie sehen die Bürger der künftigen Weltmächte die internationale Rolle ihrer Länder? Wie beurteilen sie Gefahren und Chancen? In welcher Ordnung möchten sie leben? Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat Emnid im Dezember 2005 repräsentativ die Einstellungen und Wahrnehmungen der Öffentlichkeit in den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland, Indien, China, Japan und Brasilien ermittelt.

Die Umfrage muss die Verfechter einer „globalen Gemeinschaft“ enttäuschen. Die Realpolitiker können sich hingegen bestätigt sehen. Trotz eines gestiegenen Bewusstseins für die Verflechtung und Globalität der Herausforderungen überwiegen nach wie vor nationale Sichtweisen und damit gleichfalls der Impuls zur nationalen Problembewältigung auf der Basis eigener Stärken. Eine allen gemeinsame Agenda, in der die Vereinten Nationen die Geschicke lenken, zeichnet sich wenn überhaupt, nur in Ansätzen ab. Auch die Geschichte des 21. Jahrhunderts erscheint so als die Fortsetzung alt bekannter Muster - angetrieben vom Aufstieg und Niedergang großer Staaten. Für die europäischen Staaten birgt sie die schmerzhafteste Erfahrung der Marginalisierung. Hinter den USA, China und Japan werden sie nur als Europäische Union noch die Chance haben im Konzert der Großen mitzuspielen.

Pluriverse Welt

Das Bild von der Welt wird geprägt durch die Umstände des Landes, in dem man lebt. Die „eine Welt“ gibt es nicht, nicht einmal unter den Bevölkerungen der größten und international einflussreichsten Staaten, nicht einmal unter den Europäern. Bei diesen liegen in einigen Fällen die Einschätzungen sogar weiter auseinander als zwischen von ihr entfernten Regionen, mit denen die europäischen Staaten kaum ihre Erfahrungswelt teilen. In der Umfrage bilden sich an keiner Stelle wirklich dominante Kriterien ab, wenn nach der Zuordnung von Weltmacheigenschaften, der Einschätzung von Herausforderungen oder den Zielen gefragt wurde, für die sich Weltmächte einsetzen sollten.

Dieses Wahrnehmungsmuster ist ein Kennzeichen der neuen, pluriversen Welt. Diese Welt ist bedeutend vielgestaltiger und unübersichtlicher als die alte. Im Gegensatz zur Zeit der Blockkonfrontation herrscht in ihr kein starres, bipolares Bewertungsschema mehr vor, das die Welt klar in Freund und Feind aufteilt. Dementsprechend werden die Wahrnehmungen je nach Zugehörigkeit nicht mehr entlang ideologischer Trennlinien in die eine oder andere Richtung gebrochen. Sie gehorchen vielmehr unmittelbar und ungefiltert den eigenen Interessen, Befürchtungen und Wünschen.

Multiple Bedrohungen

Gleichzeitig haben sich die Risiken und Bedrohungen enorm vervielfältigt. Sie sind heute unmittelbarer geworden, reichen in die Lebensbezüge des Einzelnen herein und spannen einen weiten Bogen vom internationalen Terrorismus über Klimawandel bis zu Pandemien. Dies drückt sich auch in der Umfrage aus. Obwohl unter allen Ländern mit kumuliert 51% der Nennungen der internationale Terrorismus als größte Gefährdung angesehen wird, ist doch der Abstand zu den nächst genannten Herausforderungen Armut und Überbevölkerung sowie Klimawandel bzw. Umweltzerstörung gering. Und auch noch die Risiken von Kriegen, Seuchen und Massenvernichtungswaffen sowie Rohstoffmangel binden jeweils knapp 25% der Antworten.

In den unterschiedlichen Angaben spiegeln sich nicht zuletzt eigene Schwächen und Stärken wider. Themen, die als besonders wichtig für das eigene Land wahrgenommen werden, rangieren demnach auch hoch auf der Skala der Weltprobleme bzw. -aufgabenstellungen. So fürchtet die russische Bevölkerung – vielleicht in Bezug auf den Tschetschenienkonflikt und die anderen Nationalitätenfragen im eigenen Land – deutlich stärker als alle anderen Kriege und Staatszerfall. Ähnlich verhalten sich die Brasilianer, bei denen die Bekämpfung der Korruption die zweite Priorität innehat. Hingegen wird dem Fundamentalismus mangels eigener Berührungspunkte mit diesem Phänomen die geringste Bedeutung beigemessen. Bei diesem Thema wiederum zeigen sich die Franzosen überproportional sensibilisiert. Die jüngsten Krawalle muslimischer Jugendlicher in den Vorstädten von Paris und anderswo könnten hierfür verantwortlich sein.

Vor allem lässt sich keine Rangordnung mehr zwischen vormals harten und weichen Herausforderungen feststellen. Die Gefahr von Kriegen wird fast genauso hoch eingeschätzt, wie die von Seuchen. Beide werden somit als allgegenwärtig wahrgenommen. Verwischt sind auch die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit.

Die Einschätzungen des Bedrohungspotentials differieren – wie gesehen – entlang des Grades der eigenen Betroffenheit. Trotz aller sich hieraus ergebenden Unterschiedlichkeit im Einzelnen sind die Gefahren, die von Terrorismus, Armut und Umwelt ausgehen, im Bewusstsein der Bevölkerung quer über alle Kontinente stark verankert. Auch wenn daher heute noch keine gemeinsame globale Agenda existiert, ist doch mehr als nur der Keim zu ihrer Entwicklung angelegt. Träfe diese Beobachtung zu, ließe dies vor allem für den Kyoto-Prozeß wie die Millenniumsziele der UNO hoffen. Und auch bei der gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus könnten sich Fortschritte ergeben.

Die Vielstimmigkeit, die gerade bei der Einschätzung der Herausforderungen und Bedrohungen das Umfragebild bestimmt, kann als Folge des Endes der Blockkonfrontation gedeutet werden. Die Menschen werden nicht mehr in Bann gehalten durch die Gefahr eines Nuklearkriegs zwischen Ost und West.

Abnehmende Bedeutung militärischer Macht

Befragt nach den Eigenschaften, die die Bevölkerungen an erster Stelle mit einer Weltmacht in Verbindung bringen würden, rangieren im Gesamtergebnis wirtschaftliche Macht, politische Stabilität und ein leistungsfähiger Forschungs- und Bildungssektor mit Werten um 50% deutlich vorn. Militärische Macht rangiert mit über 20% Abstand abgeschlagen auf vorletzter Position.

In diesem Ergebnis spiegelt sich insbesondere die Ökonomisierung fast aller Lebensbezüge wider, zu der die fortschreitende Globalisierung beiträgt. Sie führt dazu, dass Wachstum, Innovation und Bildung zu den zentralen Themen aufsteigen, die auch in der Bevölkerung immer stärker wahrgenommen werden. Schließlich betreffen die Sorge um die Ausbildung der Kinder oder die Sicherheit des Arbeitsplatzes jeden Menschen und bestimmen die Alltagserfahrungen maßgeblich.

Der Bedeutungsverlust militärischer Macht kann aber auch im Zusammenhang mit der Rolle der USA gesehen werden. Der Öffentlichkeit ist es nicht entgangen, dass die militärische Überlegenheit der USA im Kampf gegen Terrorismus ebenso wie bei

ihrer Militärintervention im Irak nur mehr von begrenztem Nutzen ist. Für die Interpretation des Ergebnisses darf außerdem nicht außer Acht gelassen werden, dass in Indien zur Frage der Bedeutung des Militärischen überhaupt keine Bewertung erfolgte.¹

Beschäftigt man sich mit den Einzelbewertungen, wird das Bild differenzierter. Es sind vor allen anderen die Verlierer des Zweiten Weltkriegs, Japan und Deutschland, die den Wert militärischer Macht als gering erachten. In Deutschland findet militärische Macht sogar nur noch 7% Zustimmung und damit noch einmal um die Hälfte weniger als in Japan.

Anders sieht es aus bei den Siegermächten und ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates. Hier bildet in der Einschätzung der Bevölkerung Militärmacht weiterhin einen wesentlichen Baustein des Weltmacht-Instrumentariums. Die größte Wertschätzung – knapp vor den USA - erfährt sie bei der aufstrebenden Macht China.

Soft-Power im Aufwind

Mit den erstplatzierten Weltmachtqualitäten - Wirtschaftskraft, politische Stabilität und leistungsfähiger Bildungs- und Forschungssektor – werden eher weiche Faktoren künftig für den Rang einer Weltmacht als ausschlaggebend betrachtet.

Auffällig hierbei ist, dass die Bevölkerung mit dieser Rangliste vor allem solche Qualitäten hervorgehoben hat, die nach wie vor den internen bzw. nationalen Agenden zugerechnet werden. Über die politische und wirtschaftliche Verfassung eines Landes entscheidet noch in erster Linie der Staat selbst. Sie hängt wesentlich von dem Gestaltungswillen und Steuerungsvermögen der Regierung, der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, der Produktivität der privaten Wirtschaftsunternehmen und nicht zuletzt dem Grad der Zustimmung ab, die sich in der Bevölkerung für den Staat mobilisieren lässt. Dies gilt ebenso für den Bereich

¹ Die Gründe hierfür sind nicht bekannt. Bei China, darauf sind wir hingewiesen worden, sind die Fragen zu Staatszerfall und Demokratie und Menschenrechten der Zensur zum Opfer gefallen.

Forschung und Bildung. Hier positive Rahmenbedingungen zu schaffen, liegt an erster Stelle in der Verantwortung der Nationalstaaten.

Dagegen wurden Weltmachteigenschaften, die außerhalb der inneren Entwicklung, wenn auch in enger Verbindung mit ihr, auf die sozialen Kompetenzen von Staaten abzielen, ihre Beziehungen untereinander erfolgreich zu gestalten, weniger in den Blick genommen. So entfallen auf die Übernahme globaler Ordnungsfunktionen oder die kulturelle Anziehungskraft und der Modellcharakter eines Landes im Gesamtergebnis jeweils nur rund 20 Prozentpunkte. Gerade diese Qualitäten machen jedoch klassischerweise „*soft power*“ aus.

Diese beobachtbare Konzentration auf die eigene Leistungsfähigkeit taucht auch die Frage, ob es eine staatenübergreifende Agenda gibt, in ein anderes Licht. Denn wenn die Staaten vor allem auf eigene Stärken bei der Problembewältigung und der Absicherung ihres Status setzen, dann treten Erwägungen der Zusammenarbeit in den Hintergrund und Lösungen werden vorrangig in der Verbesserung der individuellen Möglichkeiten gesucht. Dies birgt die Gefahr, dass die internationalen Beziehungen sich wieder zu einem Nullsummenspiel zurückentwickeln, bei dem die Gewinne der einen Seite zwangsläufig als Verluste auf der anderen Seite verbucht werden müssen. Eine solche Konstellation wäre äußerst konflikträchtig und instabil. Ihr unterläge jedenfalls keine gemeinsame Welt-Agenda – und wenn, nur im negativen.

Hypermacht USA

Befragt danach, auf welchem Platz sich die Länder selbst einordnen, fallen die großen Unterschiede zwischen dem Selbstbild und den Wahrnehmungen der anderen auf. Eine Übereinstimmung zwischen Selbst- und Fremdbild zeigt sich nur bei den USA. Sie werden von allen Staaten mit deutlichem Abstand (knapp 40 %) zu ihrem nächsten Verfolger auf Platz Eins gesetzt und teilen auch selbst diese Einschätzung. An zweiter Stelle folgt China. Zwar glauben auch die Chinesen, dass ihnen dieser Platz zusteht. Sie geben sich aber selbst weit weniger Punkte, als dies Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA tun. Es ist somit das Votum

des Westens, dass China schon heute auf diesen Rang führt – im Unterschied zu seinen direkten Nachbarn Japan und Indien.

Bei allen anderen Staaten sind große Unterschiede zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung zu beobachten. Die meisten tendieren dazu, ihr eigenes Gewicht zu überschätzen – so etwa Indien, Russland oder Großbritannien, die alle ebenfalls Platz 2 für sich reklamieren. In der kumulierten Wahrnehmung der anderen rangieren sie tatsächlich auf den Plätzen 10 (Indien), 6 (Russland) sowie 4. Es gibt aber auch den umgekehrten Fall: Japan, das in allen Bewertung Platz 3 einnimmt, sieht sich selbst nur an sechster Position. Eine große Annäherung zwischen Selbst- und Fremdbild zeigt sich bei Deutschland, das sich selbst auf Platz 7 sieht und auf Platz 8 gewertet wird.

Betrachtet man die Wertungen als Ganzes, so räumen heute alle Staaten ein, dass sie nicht in der gleichen Liga wie die USA spielen. In einer Liga darunter führt China vor Japan sowie Großbritannien, dicht gefolgt von der EU. Eine weitere Klasse könnten zusammen Russland, die UNO, Deutschland und Frankreich bilden. Noch weiter abgeschlagen findet sich Indien. Brasilien und Südafrika werden aus Sicht der anderen befragten Bevölkerungen nicht wahrgenommen.

Aufschlussreich im Zusammenhang mit dem Amerikabild der Welt sind ebenfalls die Antworten auf die Frage, wer in Zukunft für Frieden und Stabilität in der Welt eine wichtigere Rolle spielen sollte. Auch hier führt die USA das Gesamtergebnis an. Trotz des negativen Images der USA, das sich in zahlreiche Umfragen wieder findet, und dem weltweit beliebten USA „*bashing*“ ist sie als Ordnungsmacht nach wie vor gefragt. Der Umgang der Welt mit der „*unverzichtbaren Nation*“ – wie Madeleine Albright sie nannte - scheint deshalb nicht frei von einer gewissen Schizophrenie.

Champions der Zukunft: China und Indien

Ganz anders fällt das Ranking der „Weltmächte“ für das Jahr 2020 aus. Es ist deutlich nivellierter. Der Vorsprung der USA ist in ihm signifikant zusammengeschmolzen. China selbst konnte seine Stellung noch einmal um 10 Prozentpunkte ausbauen. Auf gleiche Augenhöhe mit den USA gelangt es aber nicht durch eigene Zugewinne, sondern durch die Verluste der USA. Den dritten Platz kann weiterhin Japan halten.

Zu den wirklichen Aufsteigern im Jahr 2020 zählt Indien, das sich von Platz 10 auf den sechsten Platz vorschiebt. Plätze gut machen auch die EU (von Platz 5 auf 4) und Russland. Sie profitieren beide vom Abstieg Großbritanniens, das nach den USA zu den eigentlichen Verlierern zählt. Es rutscht von Platz vier auf den achten Tabellenplatz ab und findet sich dort wieder als Führer der europäischen Troika (Deutschland, Frankreich, Großbritannien). Die Marginalisierung von Deutschland und Frankreich setzt sich fort. Frankreich liegt fast gleich auf mit Brasilien, das sich leicht verbessern konnte. Südafrika spielt auch 2020 auf der Weltkarte der Befragten keine Rolle.

Wenn man diese Bewertung zum Nennwert nimmt, so finden sich Argumente für und wider eine multipolare Weltordnung. Die Vormachtstellung der USA ist gebrochen. Aber es zeichnet sich kein wirkliches Gleichgewicht unter den Mächten ab, da zwischen den USA und China einerseits und den anderen Mächten eine größere Lücke klafft. Die Bevölkerungen scheinen demnach zunächst ein neues, bipolar geprägtes System zu erwarten, in dessen Kraftfeld sich die übrigen Staaten aus- und einrichten werden. Andererseits sind die Abstände zwischen den Polen und den anderen Staaten auch nicht so groß, dass von einer dominanten Beziehung gesprochen werden kann.

Asiatisch-pazifisches Jahrhundert

Sicherlich zeigt die Befragung nur eine Momentaufnahme. Sie enthält trotzdem ein dynamisches Moment, das im Aufstieg Indiens und Chinas liegt. Dieses Moment wird unterstrichen, wenn die Einzelbewertungen herangezogen werden. Hier zeigt sich nicht nur erneut, dass vor allem der Westen China groß macht. Mit nahezu verdoppeltem Selbstbewusstsein glaubt China selbst an seinen unaufhaltsamen Aufstieg. So sind die Chinesen zuversichtlich, die USA bereits 2020 weit hinter sich gelassen zu haben. Andere Staaten spielen in ihrem Weltbild dann nur noch eine Nebenrolle.

Ähnliches gilt für Indien, das vor Selbstbewusstsein nur so zu strotzen scheint. Dieses Land redet sich jedoch vor allem selbst stark. Vielleicht muss es das, weil die Welt ihm auch 2020 offensichtlich weniger Aufmerksamkeit schenkt, als es selbst erwartet und für angemessen hält.

Für die USA wird man Gewähr, wie sehr sie schon heute im pazifischen Zeitalter lebt. Europa zieht kaum noch Interesse auf sich. Selbst Großbritannien, das in einer besonderen Beziehung zu den USA steht, liegt abgeschlagen hinter Japan und China. Auffallend ist, wie stark China die Wahrnehmung Amerikas beansprucht. In ihm scheint die USA ihren neuen und alleinigen Herausforderer zu erkennen. Wobei die Konzentration auf China in dem Maße zu steigen scheint, wie die USA selbst das Vertrauen in ihre eigene Vormachtstellung verlieren. Russland, der große alte Gegner, spielt aus amerikanischer Sicht weder heute noch morgen irgendeine Rolle. Es liegt fast gleichauf mit Deutschland. Frankreich droht sogar die völlige Bedeutungslosigkeit.

Keine Rolle für die EU?

In der Umfrage wird die Stagnation oder gar der Abstieg einzelner europäischen Mächte in gewisser Weise durch die Weltmachtrolle kompensiert, die der Europäischen Union zuerkannt wird. Die EU belegt zwei Mal den vierten Platz: beim Weltmachtranking 2020 und ebenfalls bei der Frage nach einer verantwortlicheren

Rolle in der Welt.

Dass es nur zu dieser Platzierung reichte, obwohl drei Mitgliedstaaten – allen voran das integrationsfreundliche Deutschland – für die EU gepunktet haben, lässt die europäische Sache nicht besser aussehen. Die Werte zeigen nämlich, dass die EU unter den außereuropäischen Staaten keine Befürworter hat. Hierüber sollte auch nicht der hohe Akzeptanzgrad hinwegtäuschen, den die EU bei der Frage nach einer engeren Zusammenarbeit von außereuropäischen Staaten erhält.

Träfe zu, wie die Umfrage nahe legt, dass wirtschaftliche Macht und politische Stabilität für eine Weltmacht besonders wichtig sind, dann sollte die EU einigermaßen zuversichtlich in die Zukunft blicken können. Andererseits bereitet Sorge, dass sie auf ihrem ureigenen Feld schon heute nicht nur von Japan geschlagen wird. Das Ergebnis ist eindeutig: Selbst die gebündelte Wirtschaftskraft der EU findet weltweit nicht so viel Anerkennung wie die Japans. Es kann darüber spekuliert werden, ob sich ein anderes Bild ergäbe, wenn die europäischen Staaten als ein einheitlicher Akteur auftreten würden.

Wenn man die Zukunftschancen der EU aus der Binnenperspektive betrachtet, springt ins Auge, wie dissonant die Befragten in den drei EU-Mitgliedstaaten antworten. Bei der Frage nach den Weltmachtqualitäten stimmen sie eigentlich nur in einem Punkt überein, dem der wirtschaftlichen Macht. Weniger kontrovers sind die Einschätzungen bei den Herausforderungen und Bedrohungen. Dies gilt zumindest für die wichtigsten, zu denen Terrorismus, Armut und Klimawandel zählten. Doch schon bei der Gegenfrage, welche Prioritäten aus der Bedrohungsanalyse für die Politik von Weltmächten gezogen werden sollten, verliert sich diese Einigkeit. Es ist offensichtlich, dass solche Bewertungsunterschiede sich auch auf die Formulierung gemeinsamer Positionen bei der Außen- und Sicherheitspolitik der EU auswirken.

Der britische Europaskeptizismus zieht sich wie ein roter Faden auch durch diese Umfrage. Hier zeigen sich Reste des britischen Empire-Bewusstseins, dessen Bezugspunkte die ganze Welt bilden. Europa ist hiervon nur ein Teil. Eindeutig sieht Großbritannien sich selbst in der Rolle des globalen Akteurs - nicht die EU. Bei den Antworten aus Deutschland verhält es sich fast umgekehrt. Der Europagedanke durchdringt förmlich die gesamten Einschätzungen. Dies geht soweit, dass bei der

Frage, wer bei der Übernahme von Verantwortung in der Zukunft eine größere Rolle spielen soll, die EU zwar äußerst knapp aber dennoch vor der UNO liegt. Der kranke Mann in Europa ist heute Frankreich. Sein Pessimismus in Bezug auf seine eigene Zukunft überträgt sich auch auf seine Haltung zur EU. Die Befragten in Frankreich trauen ihr sogar weniger zu als die Briten.

UNO zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Die Weltorganisation UNO, die sich mit einer Vielzahl der als global relevant eingestuften Herausforderungen beschäftigt, wird als Ordnungsrahmen für staatliches Handeln wie auch als eigenständiger Akteur geschätzt.

Der multilaterale Rahmen der UNO ist nach Ansicht der Befragten die beste Organisationsstruktur für die internationale Politik. In und durch die UNO ließe sich Frieden und Stabilität auf der Welt besser verwirklichen als unter der Führung von Regionalmächten, ganz zu schweigen von einer bi- bzw. unipolaren Ordnung. Diese Wertschätzung des Ordnungsrahmens UNO spiegelt sich darin wider, dass die UNO den zweiten Platz einnimmt bei der Frage nach den Akteuren, die künftig eine wichtigere Rolle in der Welt spielen sollten.

Allerdings klaffen Wunschvorstellung und Wirklichkeit deutlich auseinander. Auch wenn sich die Befragten für die UNO aussprechen, scheinen sie ihr nicht viel zuzutrauen. So rangiert die UNO in der Rangliste der heutigen Weltmächte nur auf Platz 7. Noch bedeutsamer ist, dass die Befragten der UNO keine Aufstiegs-potenziale zuzusprechen scheinen. Denn auch bei der Einschätzung der Weltmächte im Jahr 2020 belegt die UNO – bei sogar noch niedrigerer Zustimmung – weiterhin Rang 7.

Kurzum: Die Befragten wünschen sich eine starke und global einflussreiche UNO – so recht daran zu glauben, scheinen sie aber nicht.

Konsequenzen für die europäische Politik

Das Meinungsbild der Europäer zeigt, dass sie die Verschiebung der weltpolitischen Gewichte bemerkt haben, es fehlt ihnen jedoch eine hinreichende Übereinstimmung in der Beurteilung der Herausforderungen und Handlungsstrategien. Während die Datenlage dafür spricht, die weltpolitischen Ressourcen Europas zu bündeln, wird die Stimmungslage weiter geprägt durch nationale Wahrnehmungsmuster. Ohne die Wirkung einschneidender Ereignisse oder herausragender politischer Führungsleistungen wird sich Europa deshalb weiter in der gewohnten Bahn bewegen: Bündelung einzelner Aspekte auf europäischer Ebene hier, nationale Eigenwege in anderen Bereichen dort, Krisenkoalitionen ohne klares europäisches Mandat in Einzelfällen, multilaterales Handeln im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in anderen Fragen. Europa bleibt in dieser Perspektive eine Weltmacht im Werden, die über viele der erforderlichen Ressourcen verfügt, aber zu keiner effektiven Bündelung in einem Entscheidungszentrum findet.

Die Intensität wie die Selbstverständlichkeit, mit der unter anderen großen Akteuren über Macht, Interesse und Weltpolitik gedacht und gesprochen wird, sollte den Europäern signalisieren, dass sie nur gemeinsam eine maßgebliche Größe in diesem Kalkül bilden werden. Dies zu erkennen und politisch umzusetzen, bildet eine der schwierigen Aufgaben europäischer Politik in den kommenden Jahren: Eine schlichte Vergemeinschaftung ist angesichts der inneren Verfasstheit der EU, der Interessen, Möglichkeiten und Ambitionen ihrer Mitglieder keine Option; Strategien der Differenzierung dagegen werden durch die geltende Vertragslage beschränkt und erschwert.

Unter den großen Mitgliedstaaten ist die Bereitschaft zu effektiver Gemeinsamkeit zu stärken, während unter vielen der kleineren Mitgliedstaaten erst die Bereitschaft zum Handeln in den Kategorien einer großen Macht entwickelt werden muss. Als Weltmacht kann Europa weder die Wiederkehr eines British Empire noch die ins überdimensionale aufgeblasene Kleinstaatsdiplomatie sein.

Wenn der „*economy of scale*“ des europäischen Binnenmarktes die „*diplomacy of scale*“ der europäischen Außenpolitik folgen sollen, dann wird dies auf mehr Bereiche wirken als nur auf die traditionelle Sicherheitspolitik. Als eine der prägenden

Mächte wird der Bezugsrahmen europäischer Geldpolitik, der Energie- und Forschungspolitik wie der Raumfahrt- oder Technologiepolitik die globale Ebene sein und nicht wie bisher zuerst das Gefälle unter den EU-Mitgliedern. Zugleich werden die Europäer ihre gemeinsamen Interessen, Werte und Präferenzen eindeutig und für Dritte verlässlich formulieren müssen, anstatt sie im Vagen zu halten wie bisher. So schaffen sie Erwartungssicherheit unter ihren Nachbarn und im globalen Konzert der Mächte.

Das Meinungsbild unserer Erhebung zeigt, dass den Europäern das Potential zu einer Entwicklung entlang dieser Linie durchaus zugeordnet wird. Die Haltungen der befragten Europäer belegen, dass sie den Schritt zur Weltmacht mental noch nicht getan haben. Vollziehen die Europäer diesen Wandel, in welcher organisatorischen Form auch immer, so werden sie Teil des weltpolitischen Konzerts der großen Mächte. Bleiben sie an dieser Schwelle stehen, so werden sie von den globalen Entwicklungen zwar unmittelbar betroffen sein, aber keinen entscheidenden Einfluss auf diese ausüben können.